

Zum Mindestlohn gibt es keine vernünftige Alternative

Fraktion der Linkspartei unterstützt Unterschriften-Kampagne der SPD

Es kommt nicht oft vor, dass die Abgeordneten einer Partei eine Unterschriftenaktion eines politischen Mitbewerbers unterstützen. Bei der Mindestlohn-Kampagne der SPD „Politik für gute Arbeit - Deutschland braucht Mindestlöhne“ ist dies der Fall. Alle meine Fraktionskolleginnen und -kollegen und ich unterstützen die Einführung eines existenzsichernden Mindestlohns in Deutschland.

Endlich scheint die SPD da angekommen zu sein, wo die Linke schon lange steht: bei der Forderung nach Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland. Während der Regierungszeit von Rot-Grün wurde diese Position noch als undurchsetzbare linke Vision entschieden zurückgewiesen. Der damalige Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) war ein strikter Gegner des Mindestlohns und konnte sich in der Regierung Schröder-Fischer durchsetzen.

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE nehmen mit ihrer Unterschrift unter den Aufruf zur Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns in Deutschland nun die Sozialdemokraten beim Wort. Wir möchten der SPD den Rücken stärken, damit sie sich gegen die ablehnende Haltung ihres Koalitionspartners CDU/CSU durchsetzen kann. Denn eine Regierungspartei sollte nicht nur Unterschriften sammeln, sondern auch ihre politische Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen. Darüber

hinaus hoffe ich, dass auch zahlreiche Bürgerinnen und Bürger meines Wahlkreises die Unterschriftenaktion unterstützen.

Meine Fraktion bringt die Kernpunkte der SPD-Kampagne in Form eines Antrages in den Bundestag ein. Dann können die Sozialdemokraten unter Beweis stellen, dass ihre Mindestlohn-Kampagne mehr als eine PR-Aktion ist, um die Beziehungen zu den Gewerkschaften aufzufrischen. Bisher wurden alle unsere Anträge zur Einführung eines Mindestlohns von der Großen Koalition strikt abgelehnt.

Übrigens hat die Praxis inzwischen rund um den Erdball erwiesen, dass Mindestlöhne volkswirtschaftlich sinnvoll sind. Weltweit greifen über 90 Prozent aller Staaten auf eine Form der Mindestlohnsicherung zurück. In 20 der 27 EU-Staaten werden gesetzlich festgelegte Mindestlöhne gezahlt. In Großbritannien wurde der Mindestlohn erst jüngst erhöht und liegt nun knapp über acht Euro pro Stunde. Dieses Mindestlohn-Niveau fordert die Linkspartei bekanntlich auch für Deutschland.

Die Marktwirtschaft verdient nur dann das Prädikat sozial, wenn Menschen, die einer Vollzeitarbeit nachgehen, davon auch menschenwürdig leben können. Schließlich ist die Wirtschaft für die Menschen da und nicht etwa umgekehrt, wie es neoliberale „Zeit(un)geister“ mitunter glauben machen möchten. Diana Golze



Ich werbe für eine hohe Beteiligung

Dietmar Bartsch zur Urabstimmung

Seit einigen Tagen läuft die Urabstimmung in unserer Partei und auch in der WASG zum Zusammengehen beider Parteien auf der Basis des Verschmelzungsvertrages, den in Dortmund beide Parteien mit großartigen Ergebnissen angenommen haben.

Für den einen oder die andere mag diese Urabstimmung nur „kosmetischen“ Charakter haben, da der Zug hin zu einer gesamtdeutschen neuen Linken in voller Fahrt Richtung Zielbahnhof Gründungsparität am 16. Juni ist. Dennoch werbe ich ganz nachdrücklich für eine hohe Beteiligung. Wir haben es in der Hand, das Zusammengehen von Linkspartei.PDS und WASG mit einem deutlichen „JA“ von einer möglichst großen Zahl der Mitglieder auch emotional zu gestalten.

Bis zum 18. Mai können sich all die Mitglieder, die

bis zum 20. April Mitglied einer der beiden Parteien geworden sind, an der Abstimmung beteiligen. Doppel-Mitglieder können ihre Stimme in beiden Parteien abgeben.

Die Chance, eine gesamtdeutsche Linke zu bilden, ist einmalig, hat Lothar Bisky gesagt. Diese Chance zu nutzen und an der Ausgestaltung mitzuwirken sollte Anliegen jeder Genossin und jedes Genossen sein.

Die Stimmenauszahlung findet am 19. Mai in Berlin statt. Es reicht die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Um des Projektes

Willen, um der Kraft, die es entfalten kann, wünsche ich mir ein sehr deutliches Übertreffen der notwendigen Menge an „JA“-Stimmen. D. Bartsch



Hier errichten
notorische Weltverbesserer

DIE NEUE LINKE.

Sie nehmen dazu Geduld, Toleranz,
Sachverstand und gehen mit Humor ans Werk.

Gesponsert wird der Bau weder vom
dicken Geld, noch von Unternehmerverbänden.
Auch hat der Papst ihn noch nicht gesegnet.
Möge er trotzdem gelingen!

DIE LINKE. PDS **WASG**
die Weiterentwicklung

Linkspartei.PDS begrüßt Beschluss zum Konzept gegen Rechtsextremismus

Der Stadtverband Brandenburg an der Havel der Linkspartei.PDS begrüßt die einstimmige Verabschiedung des „Handlungskonzeptes für mehr Demokratie und Toleranz und gegen Rechtsextremismus“ durch die SVV in ihrer Sitzung am 28.03.07. Damit ist in der Diskussion, die durch den Antrag der Fraktion Die Linke.PDS über ein Handlungskonzept zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in Gang gesetzt wurde, ein Ergebnis erzielt worden, mit dem die verschiedenen Fraktionen leben können.

Es wurde ein deutliches Zeichen gesetzt, dass die Stadtführung und die politischen Kräfte in unserer Stadt gewillt sind, diesen Themen künftig die notwendige Aufmerksamkeit zu widmen. Wichtig ist nun, dass zügig an die Umsetzung des Beschlusses herangegangen wird. Wir möchten noch einmal auf unse-

re Forderung nach einem mehrstufigen Herangehen an diese Thematik verweisen:

1. Analyse der Situation in der Stadt Brandenburg durch die Stadtverwaltung, unterstützt durch das Mobile Beratungsteam (MBT)
2. eine gesamtgesellschaftliche Debatte über die Schlussfolgerungen, die aus dieser Analyse gezogen werden können, gemeinsam mit dem MBT
3. die Erarbeitung eines „Handlungskonzeptes für mehr Demokratie und Toleranz und gegen Rechtsextremismus“ in Verantwortung der Stadtverwaltung, aber unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure und des MBT.

Der Stadtverband und die Fraktion der Linkspartei.PDS werden alles in ihren Kräften stehende tun, um zu einer erfolgreichen Umsetzung des Beschlusses der SVV beizutragen. Horst Maiwald

Sozial benachteiligte sterben früher

Leitbilddiskussion bei der BO-Neustadt mit Landtagsfraktionsmitglied Dr. Wolfgang Erlebach

Am 29. März wurde in einer Mitgliederversammlung der BO Neustadt die Leitbilddiskussion eröffnet. Zum Thema Gesundheit und Soziales stand uns Dr. Wolfgang Erlebach, Referent für Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gesundheitspolitik in der Fraktion Die Linke.PDS im Landtag Brandenburg zur Verfügung. 26 Genossinnen und Genossen der BO Neustadt und anderer BOen des Stadtverbandes sowie Vertreter der Senioren-AG und 1 Sympathisant haben an der Veranstaltung teilgenommen.

Grundlage der Diskussionsrunde war das Thesenpapier des Landesvorstandes und der Landtagsfraktion zur Auseinandersetzung um ein neues Leitbild für Brandenburg.

Damit sind die Voraussetzungen geschaffen, dass die Linkspartei.PDS mit eigenständigen politischen Positionen, Grundsätzen und Zielen in eine Debatte um die Zukunft Brandenburgs eingreifen kann. Denn nötig ist ein Signal, dass die Menschen in unserem Land in den immer schwieriger werdenden Zeiten mit einer solidarischen Politik rechnen können.

Genosse Dr. Erlebach umriss zunächst die Problemstellung. Er verwies insbesondere auf die im Jahr 2004 als Pflicht eingeführte Praxisgebühr, die gestiegenen Preise für Medikamente, die Streichung von Zuzahlungen und Leistungen aus den Katalogen der Versicherungen und ein weitgehendes Ausbleiben der angekündigten

Beitragssenkungen. Eindrucksvoll war dann auch seine Darstellung der sich daraus für die Betroffenen ergebenden Folgen. Es seien dazu nur zwei Beispiele genannt: der Rückgang der Arztbesuche bzw. ihre Verschiebung auf Kosten der Gesundheit und die Tatsache, dass die Menschen aus den unteren benachteiligten sozialen Schichten im Durchschnitt um sieben Jahre eher sterben und viele Kinder kranker und damit leistungsschwächer sind.

Aus dieser Problembeschreibung mit der Darstellung der sich daraus ergebenden Folgen wurden dann wesentliche Ziele der Politik unserer Partei auf dem Themenfeld Gesundheit und Soziales abgeleitet:

1. Sicherung der gesamtgesundheitlichen Versorgung in allen Regionen des Landes. Wohnortnahe Versorgung in entsprechender Qualität.
2. Solidarprinzip stärken und nicht abbauen.
3. Erhöhung der Gesundheitsqualität der Menschen, Stärkung der Prävention und Aufklärung.

Zu den Ausführungen des Genossen Dr. Erlebach gab es dann eine interessante Diskussion. Insgesamt war es eine sehr gelungene Veranstaltung.

Charlotte Neutzler

Gute Chancen?

Um 133 Plätze ist unsere Stadt beim Ermitteln von Zukunftschancen in allen 430 Landkreisen und kreisfreien Städten in Deutschland nach vorn gerutscht und liegt nun auf Rang 247. Jedenfalls hat das Schweizer Wirtschaftsforschungsinstitut „Prognos“ dies im Auftrag für das „Handelsblatt“ festgestellt, Allerdings – es handelt sich dabei um den Zukunftsatlas 2007. Abgerechnet wird erst zum Jahresende.

E. A.

Nicht deckungsgleich

Sie ist im März wieder ein wenig zurückgegangen, die Zahl der Arbeitslosen in unserer Stadt, aber auch bundesweit.

Wer allerdings meint, die Anzahl der vermittelten Arbeitslosen ist deckungsgleich mit dem Rückgang, der irrt sich. Ein Teil davon ist in Rente gegangen, manche wollen sich im Ausland ein neues Leben aufbauen und einige haben diese Welt verlassen.

E. A.

Jede Menge Arbeit für 0,54 Prozent

Welch ein Jubel, jetzt ist es amtlich: Die Rentner bekommen eine Rentenerhöhung, und zwar sogar um die 0,54 Prozent! Sicher, vielleicht ist das nicht für jeden so viel, wie gerade erst durch die gestiegenen Beitragssätze z.B. der Mehrwertsteuer abhanden kam, aber allen kann man es natürlich nicht Recht machen. Wenn es weiterhin Steuergeschenke für die Industrie gibt, dann müssen die Rentner eben dafür Verständnis haben.

Auch Mindestlöhne kann es nicht geben, das würde den Profit der Großunternehmer und Aktionäre schmälern. Ein Appell an die Leute in den Chefetagen, Gewinne und Gehälter nicht Jahr für Jahr weiter erheblich zu erhöhen, wäre so sinnvoll wie orthopädische Schuhe für einen Tausendfüßler! Wenn Herr Ackermann eine Steigerung seiner Bezüge um 11 Prozent auf 13,2 Mio Jahreseinkommen erhalten hat, dann deshalb, weil er das Sparen doch gar nicht gewöhnt ist.

Die Rentner drehen schon lange jeden Cent um, bevor sie ihn ausgeben, sie sind da gut im Training. Und große Unterschiede im Lebensstil

gab es schon immer, erinnern wir uns doch an „Schlösser und Katen“. Sicher, das Recht der Gutsherren auf die erste Nacht nach der Hochzeit ist abgeschafft, wir haben ja jetzt die Demokratie.

Viel Arbeit gibt es bei 0,54 Prozent Rentenerhöhung für die Angestellten der Rentenstelle und der Krankenkassen. Es ist zu rechnen, vom Plus sind die erhöhten Beitragssätze abzuziehen, neue Rentenbescheide sind zu erarbeiten und die Biefe an die Rentner kosten obendrein Porto!

Erstaunlich, dass Peter Hartz jetzt die nach ihm benannten Arbeitsmarktgesetze kritisiert, sogar das Wort „Betrug“ äußert und sagt, er habe die Arbeitsmarktreform gar nicht so vorgeschlagen, wie sie jetzt gehandhabt wird. Und Herr Müntefering (SPD) spricht sogar von sittenwidrigen Niedriglöhnen, will sie verbieten. Ob wir doch eines Tages zu Mindestlöhnen kommen wie die meisten westeuropäischen Länder? Oder stand da nur die Tatsache Pate, dass die nächsten Wahlen nun allmählich näher rücken?

Edith Altenkirch

Projekt Jugendbrücke in der jüdischen Gemeinde

Der Genosse Wichterei lud uns vom Bund der Antifaschisten am 01.04.2007 um 14.00Uhr zum Projekt „Jugendbrücke“ in die jüdische Gemeinde ein.

Im jüdischen Gemeindehaus, in der großen Mühenstraße, trafen sich ca. 20 Personen zu einer Reise durch die wichtigsten jüdischen Feiertage. Die 14-jährige Schülerin Rafina Gäfewa hatte sich als Reiseleiterin sehr gut vorbereitet.

Mit typischen Utensilien, Speisen und Getränken wurden die Gäste verwöhnt.

Wir lernten aus der Geschichte des Judentums von Ägypten, der Herausführung der Juden aus der Knechtschaft, des Aufenthalts der Juden in der Wüste bei Hunger und Entbehrungen bis in die heutige Zeit. Aus dem Leidensweg und den Erlebnissen mit Gott entwickelten sich wichtige jüdische Feiertage, die bis heute als religiöse

Feiertage begangen werden. So haben wir den Schabbat (Ruhetag), den Gom Kipper, den Rosch Ma Schana, den Suktrat, den Chanu Kah, den Purim, den Pessack (Flucht aus Ägypten) und den Sehewuot (Offenbarung Gottes am Berg Sinai) kennen gelernt.

Zu jedem Tag werden uns typische Speisen und Getränke gereicht.

Zum Schluss gab es von uns Gästen Blumen für die Organisatoren und ein Ständchen an die jüdische Gemeinde.

Wer unsere jüdischen Mitbewohner besser kennen lernen möchte, sollte sich im jüdischen Gemeindehaus melden. Es wird bestimmt interessant und aufschlussreich.

Wir danken für Gastfreundlichkeit und für den schönen Tag.

Rosi Musehold

„Eine andere Politik ist möglich“

Am 02.04.07 fand eine Buchlesung im Rahmen der Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Premnitz statt. Christa Luft stellte ihr Buch „Wendeland-Fakten und Legenden – gesellschaftliches Forum“ vor.

Christa Luft war Wirtschaftsministerin in der Mrow-Regierung und von 1994-2002 Mitglied des Deutschen Bundestages. Hier arbeitete sie für die PDS im Haushaltsausschuss.

Zunächst erläuterte Sie die unterschiedliche Entwicklung in Ost und West nach dem Fall der Mauer 1989/90. Das Wissen über die damalige Entwicklung ist Voraussetzung, um spätere politische Vorgänge verstehen zu können.

Auf dem Gebiet der DDR wurde durch die Treuhand die komplette Volkswirtschaft zerstört, unabhängig davon, ob die Betriebe wirtschaftlich arbeiteten oder nicht. Des Weiteren wurden Führungspersonen durch teilweise mittelmäßige Fachkräfte aus dem Westen ersetzt. Damit erfolgte eine totale Entwertung der Lebensleistungen der Bürger in der DDR.

Aber auch in den alten Bundesländern hat es nach dem Ende der Systemkonkurrenz gravierende Veränderungen gegeben. Der Kapitalismus ist hier zu seiner „Reinform“ zurückgekehrt, das heißt, die soziale Komponente der Marktwirtschaft wurde immer stärker zurückgedrängt. Auch die Entwicklung in Osteuropa hat nach dem Mauerfall eine völlig andere Wendung genommen. Hier erfolgte laut Christa Luft, eine totale „Rekapitalisierung“. Sie sprach von einem „nachholenden Kapitalismus“. Teil dieses Kapitalismus ist auch die gegenwärtig starke politische Instabilität in diesen Ländern. Die soziale Polarisierung in der Gesellschaft ist ein Merkmal für diese Länder. Die meisten dieser Staaten streben nach einer schnellen Integration in die EU. Als Beispiele für die beschriebene Entwicklung wurden Polen, die Slowakei und Russland genannt.

Ein anderer Punkt, den Christa Luft in ihrem Buch bearbeitet, ist die Auseinandersetzung mit dem Begriff „Sachzwang“, der in der Tagespolitik teilweise sehr strapaziert wird. Als Beispiele für sogenannte „Sachzwänge“ nannte sie „Deutschland-Freizeitweltmeister?“, „Unternehmenssteuersenkung“, „Notwendigkeit der Verminderung des Kündigungsschutzes für kleinere Unternehmen“ und die „flächendeckende Privatisierung“. Christa Luft bewies anhand mehrerer

Aspekte, dass die o.g. Thesen widerlegt werden können, betonte aber gleichzeitig auch, dass es zur Zeit zu wenig Gegenöffentlichkeit gibt. Nach Auswertung der verschiedensten Statistiken konnte sie belegen, dass diese Thesen nicht der Realität entsprechen. Durch solche Thesen wird ihrer Meinung nach Politik zur „Geißel der großen Wirtschaft“.

Allein die ständige Senkung der Unternehmenssteuern sollte gründlich hinterfragt werden. Viel wichtiger wäre es zu schauen, wie viele Steuern die großen Unternehmen tatsächlich zahlen und vor allem, wie die vielen „Steuerschlupflöcher“ geschlossen werden können. Auch das sehr aktuelle Thema der „Privatisierung“ wird von ihr im Buch ausführlich bearbeitet. Das Wichtigste hier ist eine differenzierte Herangehensweise. Das bedeutet die Existenz verschiedener Formen von Eigentum nebeneinander. Die öffentliche Daseinsvorsorge, wie Gesundheit, Bildung, ÖPNV, Wohnungs- und Energiewesen sollten unbedingt staatliches Eigentum bleiben.

Nicht nur Kritik soll Inhalt dieses Buches sein, Christa Luft wollte auch mögliche Alternativen für eine andere Politik aufzeigen. Eine Alternative wäre die Schaffung von Arbeitsplätzen durch einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. In ihrem Vortrag setzte Sie sich in diesem Zusammenhang auch mit folgender These auseinander: „Der Gesellschaft geht die Arbeit aus“. Diese These wird auch von Teilen linker Kräfte vertreten. Es gibt in der gegenwärtigen Situation sowohl Wirtschaftsbereiche, in denen das Arbeitspensum sinkt, aber auch solche, in denen es in den nächsten Jahren immer mehr steigen wird. Zu den letzteren gehören u.a. der gesamte Umweltbereich einschließlich der erneuerbaren Energien und das große Feld der humanen Dienstleistungen. Der letztgenannte Bereich und die Nichterwerbsarbeit (Pflege von Angehörigen) sollte nach Ansicht von Christa Luft deutlich stärker durch die Gesellschaft anerkannt werden. Die Pflege sollte auf die Altersrente angerechnet werden. Weitere Alternativen zur gegenwärtigen Politik sind die langfristige Verkürzung der tatsächlichen Lebensarbeitszeit und die Bezahlung von Erwerbsarbeit, statt Arbeitslosigkeit. Die Finanzierung von Arbeitslosigkeit kostet dem Staat ca. 85 Mrd. Euro. Dieses Geld wäre für eine Finanzierung der Sozialversicherungssysteme sinnvoller angelegt.

Kerstin Huch

Im Gespräch mit Sympathisanten

Die Senioren- Arbeitsgemeinschaft unseres Stadtverbandes war am 15. März 2007 Gastgeber einer Gesprächsrunde mit Sympathisantinnen und Sympathisanten der Linkspartei. PDS in der Geschäftsstelle am Altstädtischen Markt Nr. 2.

In dieser Runde von 16 Teilnehmern erläuterten wir unsere Vorhaben für das Jahr 2007 und stellten sie auch zur Diskussion. Zu unseren Vorhaben gehören nicht nur die Fahrten nach Sachsenhausen und zum Deutschen Bundestag, sondern auch Spaziergänge in die nähere Umgebung, der Besuch des Ostalgie- Museums in der Steinstraße, die Buchlesung eines Potsdamer Schriftstellers im Cafe Undine sowie eine Gesprächsrunde mit Teilnehmern des Gründungsparteitages der neuen Linkspartei in Deutschland in der 2. Junihälfte 2007.

Dass unsere Vorhaben auch bei Sympathisantinnen und Sympathisanten auf ein großes Interesse stießen, das zeigen ihre Fragen und Anregungen, vor allem aber auch die bisherigen 53 Anmeldungen für die Busfahrt am 22. April zur Gedenkstätte in Sachsenhausen und die 19 Anmeldungen für



Selber entscheiden und selber mitmachen!
Als Mitglied der Linkspartei.

Denn nur eine starke Partei kann sich stark machen!!!

Im Internet unter www.sozialisten.de
oder in der Geschäftsstelle
am Altstadt Markt 2,
14776 Brandenburg,
telefonisch 03381/22 47 33

die Fahrt mit der DB am 10. Mai zum Deutschen Bundestag.

Den Abschluss unserer Gesprächsrunde bildete ein Lichtbildervortrag von Frau Anneliese Winkelmann über Kanada. Für dieses wunderbare Erlebnis danke ich Frau Winkelmann im Namen aller Teilnehmer und überreichten ihr einen Strauß Orchideen.

Otto Mehlhase, Sprecher der Senioren-AG

Leserbriefe

Eine vielschichtige Persönlichkeit

In der von der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 19.03.07 organisierten Veranstaltung zum Thema „Lenin – Träumer und Realist“ erfuhr ich vieles über Wladimir Iljitsch Uljanow alias Lenin. Angefangen bei der Tatsache, dass er verschiedene Ausgangsfaktoren für die Oktoberrevolution falsch bewertete, bis zu Fehlern die er, aus heutiger Sicht gesehen, bei der Umsetzung seiner Ideen machte. Manchen dieser Fehler erkannte er auch und versuchte ihn zu korrigieren. So bei seiner Erkenntnis, dass 1920/21 unter den Volksmassen Unmut über den „Kriegskommunismus“ aufkam.

Deshalb entwickelte er das Konzept der „Neuen Ökonomischen Politik“ (NÖP), welches die Einführung marktwirtschaftlicher Elemente einschloss. Zugleich bemühte er sich um ein etwas demokratischeres Politikkonzept in der Partei der

Bolschewiki. Damit sollte auch das Klassenbündnis zur Bauernschaft wiederhergestellt werden, ohne die politischen Machtverhältnisse in Gefahr zu bringen. Dabei wurde mir aber auch klar, dass vieles, was wir anders regeln würden, nur den zum Teil negativen Erfahrungen entspringt, die unsere Welt erst nach seinem Tode sammelte, die ihm also nicht zur Verfügung standen. Vor allem in der Diskussion spürte ich, wie viel er offensichtlich auch ohne unser heutiges Wissen erkannt hat. Was wäre aus unserer Welt wohl geworden, hätte er noch zehn Jahre länger leben und wirken dürfen? Für diese Erkenntnis danke ich vor allem Dr. Stefan Bollinger und allen anderen Besuchern dieses Abends, die mit ihren Fragen mir den Weg ebneten.

Ralf Nethé

Über die Linke und die heutige Gesellschaft

Anmerkungen zur Diskussion in der Tageszeitung Neues Deutschland

Die SPD hat spätestens im Zusammenhang mit dem aufkommenden Stalinismus das Ziel des demokratischen Sozialismus aufgegeben und durch den Begriff einer sozialen Demokratie ersetzt, ihr Programm quasi der sozialen Marktwirtschaft geopfert.

Die Linkspartei hält auch weiterhin am Ziel eines demokratischen Sozialismus als Wertesystem und zukunftsträchtiges Gesellschaftsmodell fest, dem sich die WASG und auch andere Linke verpflichtet fühlen sollten.

Die Politik der Konservativen ist nicht neoliberal, sondern im Kern unsozial, weil sie auch Bereiche privatisiert, wie Strom, Wasser, Gas, Kultur, Bildung, Altersfürsorge, Gesundheit und somit viele, insbesondere ärmere Bürger vom kulturellen und gesellschaftlichen Leben ausgrenzt, ihr bescheidenes Leben noch zusätzlich verkürzt.

Der als Fortschritt ausgegebene neoliberale Kurs, der einzig die Domäne der Marktwirtschaft preist, zerstört letztendlich den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft, weil er nur Kapital und Gewinn gelten lässt. Gregor Gysi plädiert dafür, dass sich Veränderungen nur möglich machen lassen, wenn sich die Linke im europäischen Rahmen zusammenschließt, um europäische Mindeststandards zu erzwingen. Außerdem sollte durch gleiche Rahmenbedingungen in allen EU-Ländern der Kapitalflucht Einhalt geboten werden. Er ist auch dafür, dass es den handelsüblichen Warenmarkt weitergeben sollte, aber unter der Bedingung, dass Schlüsselbereiche, wie bereits oben angeführt, in den Händen des Staates bleiben sollten – nicht nur aus ökonomischer Sicht, sondern auch wegen der sozialen Gerechtigkeit.

Wenn es gelänge, so wird festgestellt, die Menschen vor den zerstörerischen Potenzen des Kapitalismus zu retten, dann würde man, wenn auch nur im Keim, bereits allererste Voraussetzungen für einen demokratischen Sozialismus schaffen. Es wird immer wieder darauf hingewiesen, dass es überall auf die Eigentums- und Machtfrage ankommt, dass der Prozess der gesellschaftlichen

Umwandlung sehr kompliziert und vielschichtig ist und nicht in kurzen Zeiträumen betrachtet werden darf. Es wird auch die Frage gestellt, wie dann ein moderner Sozialismus aussehen soll? Ein aufgewerteter Kapitalismus, vielleicht sogar noch mit Hilfe der Linkspartei, das kann doch wohl nicht sein??

Trotzdem sollte man nicht gering bewerten, dass sich einst Millionen Menschen in der DDR für den Sozialismus einsetzten, nicht nur, weil der Staat es so wollte, sondern auch, weil sie vom Sozialismus überzeugt waren, so mangelhaft er in vielen Bereichen auch gewesen sein mag.

Wenn das gegenwärtige Grundgesetz wirklich verpflichtend ist, wo drinsteht, dass das Eigentum auch dem Wohle aller zu dienen habe, so müßte man eigentlich die Deutsche Bank und viele andere Großkonzerne, die wegen ihres Gewinnes Arbeitsplätze abbauen, also vernichten, sofort enteignen und verstaatlichen, stellt ein Leser lakonisch fest.

Der parlamentarische und außerparlamentarische Kampf gegen desaströse Erscheinungen dieser kapitalistischen Gesellschaft hat seine volle Existenzberechtigung, unabhängig davon, ob er erfolgreich ist oder nicht; denn damit werden Unbeteiligte mitunter erst zum Nachdenken, wenn nicht gar zum Mitmachen angeregt! Ein Leser, sogar mit Dokortitel, wirft ein, dass sich der moderne Kapitalismus auf eine Art entwickelt habe, wie er von Marx und Engels nicht vorhersehbar war. Er hat den Eindruck, dass es ein Wettlauf zwischen Vernunft und Destruktivität sei. In vielen Punkten pflichtet er Gregor Gysi bei, auch wenn ihm Gysis Theorie, bezogen auf den demokratischen Sozialismus, noch zu verwaschen vorkomme, so hat er zumindest positive Gedanken bezüglich der menschlichen Gesellschaft und ihrer Zukunft entwickelt, was man von so manchen bürgerlichen Zukunftstheoretikern leider nicht sagen kann.

Wilfried Weise

Termine

Fraktion der Linkspartei.PDS am 23.04.07
und 14.05.07 18.00 Uhr
Geschäftsstelle der Linkspartei.PDS

Vorstand der Linkspartei.PDS am 17.04.07
und 26.04.07 18.00 Uhr
Geschäftsstelle der Linkspartei.PDS

Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 19.04.07 18.00 Uhr
Ort: Fontane-Club, Ritterstr. 69, 14776 Brandenburg
Thema: Rechtsstaat versus Unrechtsstaat?! Vier Argumente gegen eine Schwarz-Weiß-
Klassifikation, Referent: Dr. Volkmar Schöneburg, Verfassungsrichter Brandenburg

28.04.07 „Dialog für ein Brandenburg der Regionen“ Regionalkonferenz der Linkspartei.
PDS zur Leitbildkampagne; Zeit: 10.00-16.00 Uhr, Ort: Technologie- und Gründerzen-
trum TGZ, Friedrich-Franz-Str.19, 14770 Brandenburg

01. Mai 2007 Brandenburg an der Havel, gemeinsam mit dem DGB unter dem Motto
„Du hast mehr verdient!“
10.00 Uhr Beginn des Demonstrationzuges vom Nikolaiplatz zum Marienberg
10.30 Uhr Kundgebung auf dem Marienberg, danach Familienfest

Wir Gratulieren

01.04. Hans Mäding,

02.04. Eva Scholz,

04.04. Klaus Liebenow;

05.04. Gerhard Krüger,

09.04. Lothar Kaiser,

17.04. Rita Böttge,

18.04. Eckhard Kobs,

19.04. Martin Brätz,

19.04. Gerhard Krüger,

20.04. Wolfgang Kappe,

23.04. Helga Paschedag,

26.04. Franz Lemke,

27.04. Charlotte Neutzler

Öffnungszeiten

Montag 9-17 Uhr

Dienstag 9-17 Uhr

Mittwoch 9-13 Uhr

Donnerstag 9-17 Uhr

Linke.PDS-Geschäftsstelle

Altstädtischer Markt 2

14770 Brandenburg an der Havel

Tel.: 0 33 81 - 22 47 33

Fax: 0 33 81 - 22 99 61

Internet: www.linkspartei-pds-stadt-brb.de

E-Mail: info@linkspartei-pds-stadt-brb.de

Impressum

Herausgeber: Linke.PDS-Stadtverband Brandenburg

Verantw. i.s.d.P.: Silvia Hauffe

Anschrift: Altstädtischer Markt 2,

14770 Brandenburg an der Havel

E-Mail: info@linkspartei-pds-stadt-brb.de

Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung

und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion

übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht

zur auszugewiesenen Wiedergabe von Zuschriften vor.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder

übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nächster Redaktionsschluss 06. Mai 2007